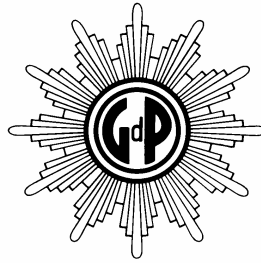


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 14. September 2009

Freiberg: Zivilcourage darf jetzt keinen Schaden nehmen

Staat und Unternehmen dürfen Sicherheit nicht auf Schultern der Menschen verlagern

Berlin. Nach der entsetzlichen Gewalttat am Münchener S-Bahnhof Solln, bei der am Samstag zwei junge Täter einen 50-Jährigen zu Tode geprügelt haben, fordert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, eine massive Aufstockung des Sicherheitspersonals in S- und U-Bahnen. Freiberg: „Die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) fahren seit geraumer Zeit eine drastische Sparpolitik auf Kosten der Sicherheit ihrer Kunden. Zwar werden regelmäßig Fahrkartenkontrollen durchgeführt, doch wollen Fahrgäste Übergriffe oder auch nur eine zerstörte Sitzbank melden, sind ÖPNV-Mitarbeiter kaum aufzufinden. Es kann nicht sein, dass zwar jährlich die Ticketpreise erhöht werden, die Leistungen sich aber nur noch auf das reine Befördern beschränken. Es muss in allen Zügen genügend Personal mitfahren, das Fragen, Hinweise und Beschwerden direkt aufnimmt und gegebenenfalls auch direkt einschreiten kann.“

Aus der Politik laut gewordene Forderungen nach höheren Strafen im Jugendstrafrecht lehnte der GdP-Vorsitzende als unnötig und reflexhaft ab. Der Strafraum sei ausreichend und es sei an den Richtern, die angemessene Sanktion zu finden. Viel wichtiger sei es nun, den Mut zur Zivilcourage zu stärken. „Ich habe großen Respekt vor dem entschlossenen und engagierten Eingreifen des 50-jährigen Opfers. Es erfüllt mich gleichermaßen mit tiefer Trauer und großer Wut, dass diese vorbildliche Form der Zivilcourage zu einem solch tragischen Ausgang geführt hat. Wir dürfen jetzt aber nicht zurückschrecken, wenn wir Übergriffe auf Schwächere bemerken. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Gewalttäter zuschlagen. Tun wir dies, gefährden wir unsere eigene Sicherheit.“ Dabei dürften Bürgerinnen und Bürger, so Freiberg, nicht allein gelassen werden. Sie müssten darauf vertrauen können, dass innerhalb kürzester Zeit Sicherheitspersonal, aber auch die Polizei, ihnen beistehen können. Freiberg: „Sicherheit kostet Geld. Dieses Geld muss endlich fließen.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190